

SoVD fordert: Landesregierung und Kommunen sind in der Pflicht

Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet werden

Klimaschutz ist derzeit eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Pollytix beurteilen das auch die Bürger*innen so: 62 Prozent sind der Meinung, Politiker*innen sollten mehr tun, gleichzeitig sehen sie steigende Kosten kritisch. Auch der SoVD in Niedersachsen ist der Auffassung, dass der Klimawandel unbedingt sozial gerecht gestaltet werden muss und nimmt dabei auch die Landesregierung sowie vor allem die Kommunen in die Pflicht.

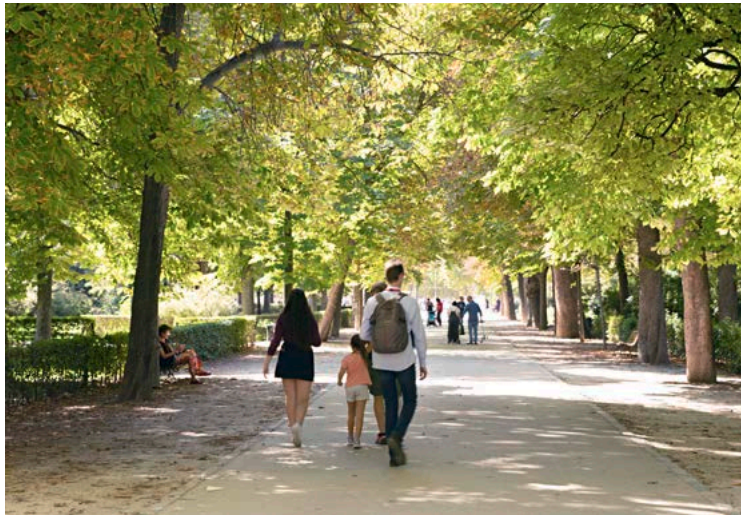


Foto: Lola Fdez.Nogales / Adobe Stock

Gemeinden und Städte müssen unter anderem Konzepte entwickeln, um die Bewohner*innen im Sommer vor Hitze zu schützen.

Mit dem Klimawandel steht die Gesellschaft vor einer ihrer größten Herausforderungen – entsprechende Maßnahmen zum Schutz sind dringend notwendig. „Eins darf dabei aber nicht vergessen werden: Wir müssen dafür sorgen, dass die Kosten gerecht verteilt werden“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Die Pollytix-Umfrage zeigt, dass sich die Deutschen höherer Kosten durch den Klimawandel bewusst sind und konsequentes Handeln einfordern. Gleichzeitig halten es 49 Prozent für eine schlechte Idee,

klimaschädliches Verhalten durch höhere Preise zu sanktionieren. Eine Mehrheit dafür gibt es nur in Haushalten mit einem Nettoeinkommen von über 3.000 Euro. „Die Studie macht sehr deutlich, dass beim Klimaschutz der soziale Aspekt nicht vernachlässigt werden darf. Wer dem Klima besonders schadet, muss auch höhere Kosten in Kauf nehmen. Gerade Menschen mit wenig Geld gehören allerdings nicht dazu. Das muss bei der Kostenverteilung unbedingt berücksichtigt werden“, fordert Swinke.

Außerdem sei es wichtig, dass beschlossene Ziele auch

umgesetzt werden. Das fordern zum Beispiel auch 71 Prozent der Teilnehmenden der Studie. Aus Sicht des SoVD heißt das: Die Landesregierung und die Kommunen müssen den öffentlichen Personennahverkehr gerade auf dem Land massiv ausbauen, die Versorgung mit erneuerbaren Energien vorantreiben und alles dafür tun, dass Städte und Gemeinden ihre Bürger*innen in heißen Sommern vor Hitze schützen. „Dabei müssen die Bürger*innen am Prozess beteiligt werden und zwar schnell. Wir haben nicht mehr viel Zeit“, betont der Vorstandsvorsitzende.

Nach Corona-Impfung: Schülerin kann keine 100 Meter mehr gehen

Kampf um Anerkennung als Impfschaden

Für Laura R. (Name geändert) spielt Sport eine große Rolle in ihrem Leben: Sechsmal in der Woche ist die Schülerin aus dem Landkreis Peine beim Volleyball oder geht reiten. Im Juli 2021 ist es damit vorbei. Sie lässt sich gegen Corona impfen. Danach ist nichts mehr wie vorher: Sie hat Atemnot, kann sich nicht mehr konzentrieren, ist nicht mehr belastbar. Ihre Mutter führt die Probleme auf die Impfung zurück und kämpft seit mehr als zwei Jahren um eine Diagnose, eine Behandlung und um Anerkennung.

Am 18. Juli 2021 lässt sich die damals 17-jährige Laura R. im Impfzentrum in Peine das erste Mal gegen Corona impfen. „Am nächsten Tag hatte sie Fieber. Aber das haben wir für eine ganz normale Impfreaktion gehalten“, berichtet ihre Mutter Sandra R. Ein paar Tage später wurde es dann richtig schlimm: „Sie hatte Atemnot und ist sogar blau angelaufen. Dann ist sie beim Abendessen mitten im Satz kollabiert.“ Laura R. geht zu ihrem Hausarzt. Er kann einen Zusammenhang mit der Impfung nicht gänzlich ausschließen und weist die Schülerin mit Verdacht auf eine Herzmuskelentzündung ins Krankenhaus ein.

„Dort haben sie meine Tochter auf den Kopf gestellt und geschaut, ob sie vielleicht einen Tumor, einen Schlaganfall oder Multiple Sklerose hat. Gefunden haben sie nichts“, erzählt Sandra R. Entlassen wird sie mit einer Packung Magentabletten und dem Hinweis, dass sie psychische Probleme habe – die Corona-Pandemie sei ja auch für Jugendliche sehr anstrengend gewesen. „Wir wurden im Krankenhaus mit den Symptomen überhaupt nicht ernst genommen. Früher war Laura total sportlich, jetzt kann sie keine

100 Meter mehr gehen. Das ist doch kein psychisches Problem“, macht Lauras Mutter deutlich.

Gesundheitszustand bessert sich nicht

Ein anschließendes Blutbild beim Hausarzt zeigt: Die Werte sind sehr schlecht. Laura R. muss erneut in die Klinik – dieses Mal in das Kinderkrankenhaus auf der Bult. Dort bekommt sie Thrombosemittel, die sie auch heute noch ab und zu nehmen muss. An ihrem schlechten Allgemeinzustand ändert das jedoch kaum etwas. Allerdings: Das Kinderkrankenhaus meldet den Fall als Impfschaden an das Paul-Ehrlich-Institut. „Bei der Entlassung wurde uns geraten, uns an eine Long-Covid-Ambulanz zu wenden“, sagt Sandra R. Denn: Post-Vac-Ambulanzen, also Einrichtungen, die Menschen mit einem Corona-Impfschaden behandeln, gebe es in Deutschland nicht.

Nach einiger Zeit steht auch endlich eine Diagnose fest: Laura R. leidet unter ME/CFS, einer schweren neuroimmunologischen Erkrankung. „Obwohl es zahlreiche Betroffene gibt, ist sie noch nicht als schwere, körperliche Erkrankung anerkannt. Leider wird sie auch immer

noch kaum erforscht“, erläutert Sandra R. das Problem. Für die 51-Jährige heißt das: Sie muss an jeder Stelle um Anerkennung der Diagnose kämpfen. Mittlerweile hat sie es geschafft, dass ihrer Tochter der Pflegegrad 2 zuerkannt wurde. Doch auf die Anerkennung als Impfschaden wartet sie noch immer. Sie stellt zwar einen Antrag beim Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, doch dieser wird abgelehnt.

Betroffene ernst nehmen

Hilfesuchend wendet sie sich an den Rechtsanwalt Arndt Michelmann vom SoVD-Beratungszentrum in Peine. Allerdings sind dem Juristen die Hände gebunden. „Die Gesetzeslage gibt es leider noch nicht her, dass hier ein Impfschaden anerkannt werden kann – obwohl eine eindeutige Diagnose durch den Hausarzt, die Medizinische Hochschule Hannover und die Reha-Klinik vorliegt. Deshalb versuchen wir, das Verfahren beim Landesamt ruhend zu stellen, bis es entsprechende Forschungsergebnisse gibt“, so der Leiter des Beratungszentrums. „Für uns heißt das: Wir als Sozialverband müssen noch mehr Druck machen,

denn es gibt viele Betroffene. Ihnen kann aber nur geholfen werden, wenn die Politik sich endlich bewegt“, ergänzt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Auch Sandra R. ist an die Politik herangetreten. Es gab einige Gespräche mit Politiker*innen

auf Bundes- und Landesebene, weitere stehen an. „Die Probleme und Diagnosen müssen endlich ernst genommen werden. Wir werden unseren Teil tun, um die Betroffenen zu unterstützen“, betont Swinke. Bis dahin heißt es für Familie R. abwarten und weiterkämpfen.

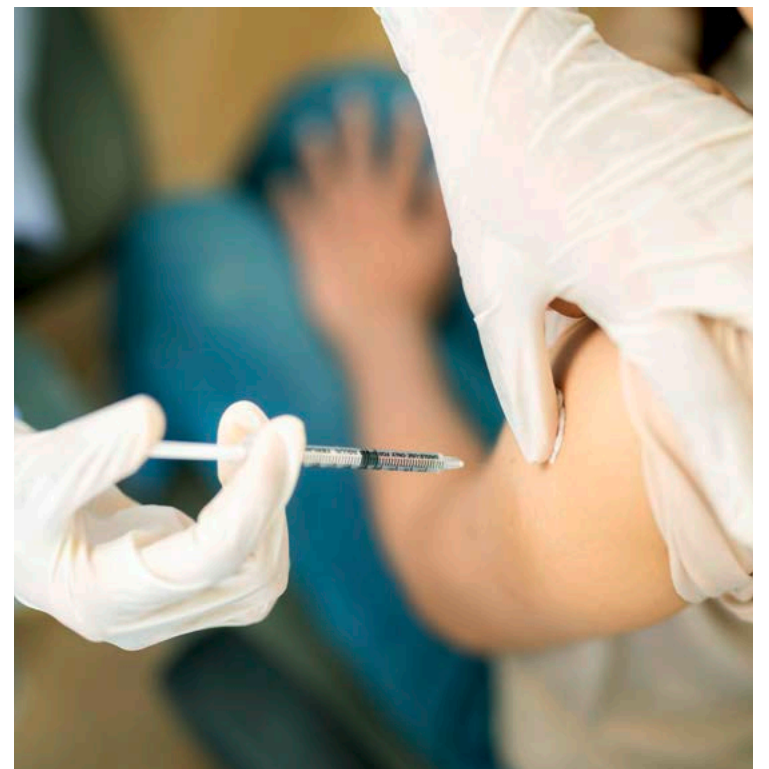


Foto: tong2530 / Adobe Stock

Ein paar Tage nach der Impfung stellen sich bei Laura R. erste Symptome ein, die sich im Laufe der Zeit verschlimmern.

SOVD-PODCAST

Was zahlt die Krankenkasse?

Welche Kosten übernimmt eigentlich die Krankenkasse? Für Patient*innen ist das nur noch schwer zu durchschauen – viele sind überrascht, wenn zum Beispiel bestimmte Medikamente oder Behandlungen nicht bezahlt werden. Mit der neuen Podcast-Folge bringen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel Licht ins Dunkel. Als Gast ist dieses Mal Andrea Lichtenfeld-Kottner vom IGeL-Monitor dabei. Mit ihr sprechen die Hosts darüber, warum die sogenannten individuellen Gesundheitsleistungen, kurz IGeL, nicht von der Krankenkasse übernommen werden, welche Leistungen sinnvoll sind und welche eher nicht. Außerdem gibt Lichtenfeld-Kottner Tipps, worauf Patient*innen achten sollten, wenn Ärzte*Ärztinnen ihnen diese „Selbstzahlerleistungen“ anbieten.

Die neue Podcast-Folge ist unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

Rückblick auf das Barcamp zum Equal Pay Day

Geschlechtergerechte Arbeitswelt 5.0

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, politischen Stiftungen, Gleichstellungsbeauftragten und weiteren Verbänden hatte am 2. März gemeinsam mit dem SoVD zum Barcamp „Equal Pay – Geschlechtergerechte Arbeitswelt 5.0“ nach Hannover eingeladen. Die Veranstaltung war offen für alle Interessierten. Beim Barcamp, einem partizipativen Veranstaltungsformat, wurde über Chancengleichheit, faire Bezahlung und die Zukunft der Arbeitswelt diskutiert.

In einem Einführungsvortrag stellte Professorin Dr. Nicole Mayer-Ahuja, Georg-August-Universität Göttingen, Ergebnisse ihrer Forschung zu aktuellen Entwicklungen in der Arbeitswelt vor. Der Fokus lag dabei auf Fragen der Geschlechter(un)gleichheit. So sind Frauen zu 31 Prozent in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis, Männer jedoch nur zu 12 Prozent. Erschwerend komme hinzu, dass der durchschnittliche Stundenlohn in Teilzeit rund 18 Prozent unter dem in Vollzeitbeschäftigung liege.

Weiterhin seien Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert und selbst in sogenannten „Frauenberufen“ sei die Leitungsebene oft männlich besetzt. Dies erschwere den beruflichen Aufstieg für Frauen, da das Kriterium sozialer Ähnlichkeit bei der Karriereförderung durch Vorgesetzte eine wichtige Rolle spiele. Männer fördern daher eher Männer als Frauen.

Abschließend formulierte Mayer-Ahuja Forderungen, um Entgeltgleichheit zu erreichen –

darunter die Abschaffung des Ehegattensplittings als strukturelle Hürde für gleichberechtigte Erwerbsarbeit, eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung, die Aufwertung von Care-Arbeit, das Verbot von Minijobs oder die „kurze Vollzeit“ für alle.

Anschließend konnten sich die Teilnehmenden des Barcamps in verschiedenen Sessions direkt einbringen und eigene Themen diskutieren. Dabei wurden vielfältige Aspekte rund um Gleichberechtigung, Equal Pay und Arbeitswelt erörtert. Themen waren beispielsweise Frauen in den Medien, das Aufbrechen tradiert Rollenbilder, feministische Führung, Geschlechtergerechtigkeit im Kleinkindalter oder Chancen für Alleinerziehende im Beruf.

Die Session „Geschlechtergerechtigkeit im Kleinkindalter“, wurde von Ingrid Beyer angeboten, Sprecherin des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD in Hannover. Hier diskutierten die Teilnehmerinnen, inwieweit Bildung und der Zugang zu Lite-



Foto: Kathrin Schrader

Ingrid Beyer (Mitte) präsentierte die Ergebnisse der Session „Geschlechtergerechtigkeit im Kleinkindalter“.

ratur wichtige Schlüssel sind. Es müsse entsprechende Vorbilder, etwa mehr männliche Erzieher in Kitas, geben. Die wichtigste Bezugsgruppe für Kinder sei und bleibe jedoch die Familie. Daher sei es wichtig, Eltern zu stärken. Dies könne beispielsweise über Elternarbeit in der Kita oder in der Schule erfolgen. Insgesamt

müsse dringend die Attraktivität des Berufsbilds gesteigert werden, um ausreichend und gut qualifizierte pädagogische Fachkräfte zu haben.

Die Bündnispartner*innen werden an den verschiedenen Session-Themen weiterarbeiten und diese in ihre Arbeit einfließen lassen.

SoVD-Tipp: Eintragung in Notfallregister bei gesundheitlichen Einschränkungen

Versorgung im Ernstfall

Im Not- oder Katastrophenfall zählt jede Sekunde. Aber nicht immer können Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen entsprechend ihrer besonderen Bedarfe richtig versorgt werden, da den Hilfsdiensten keine Informationen über den Gesundheitszustand vorliegen. Der SoVD rät Betroffenen daher, sich in das kostenlose Notfallregister des Notfallregisters e.V. einzutragen und wichtige Angaben zu hinterlegen.

Fällt beispielsweise der Strom flächendeckend und anhaltend aus, brauchen Menschen mit elektronischen Hilfsmitteln wie einem Beatmungs- oder Dialysegerät schnelle Hilfe. Das Problem: Örtlichen Hilfsdiensten fehlen oft die Informationen zu Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf in Notfall- und Katastrophenfällen.

„Wir empfehlen Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, im Notfallregister des Notfallregisters e.V. alle wichtigen Angaben zu hinterlegen, damit Behörden, Leitstellen und Einsatzdiensten im Ernstfall bekannt ist, wo bedarfsorientierte Hilfe benötigt wird“, so Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Dies ist unter www.notfallregister.eu möglich. „Auch Einrichtungen für Menschen mit Behinderung oder zum Beispiel Pflegeheimen legen wir die Registrierung ans Herz“, ergänzt Lorenz.



Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

Die Registrierung ist unter www.notfallregister.eu möglich.

Im System erfasst werden, wenn gewünscht, Angaben zur Person, zu Erreichbarkeit, Wohnsituation und Gesundheitsdaten sowie dem individuellen Bedarf. Zudem besteht die Möglichkeit, einen Notfallkontakt zu hinterlegen. „Auf diese Daten können ausschließlich registrierte und verifizierte Leitstellen etwa des Rettungsdienstes, der Feuerwehr oder der Polizei in einer akuten Si-

tuation dann zugreifen. Jede Abfrage wird protokolliert“, informiert Lorenz.

Bei Fragen zu den Themen Behinderung und Gesundheit sind die Berater*innen des SoVD gerne behilflich. Sie unterstützen auch bei der Antragstellung. Über die Telefonnummer des Mitglieder-Servicetelefon unter 0511 65610721 können Beratungstermine vereinbart werden.

„Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“

Online-Vortrag des SoVD gibt Antworten

Am Donnerstag, 25. April, referiert Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, in einem digitalen Vortrag über das Thema Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung. Die Veranstaltung ist offen für alle Interessierten und kostenfrei.

Kann man durch Krankheit arm werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Vortrags „Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“. Denn es kann jede*n treffen: Ein Bandscheibenvorfall oder eine Krebserkrankung führt plötzlich zu Arbeitsunfähig-

keit und Erwerbsminderung. Wie die soziale Absicherung aussieht, wenn der Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann, beleuchtet Kai Bursie am 25. April von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom. Teilnehmende werden über Fallstricke und Lücken informiert, die Krankengeld, Arbeitslosengeld und Co. mit sich bringen und erhalten nützliche Tipps, damit sie diese umgehen können.

Anmelden können sich Interessierte unter der E-Mail-Adresse weiterbildung@sovnd-nds.de bis zum 22. April.



Foto: Simona / Adobe Stock

An der digitalen Vortragsreihe des SoVD in Niedersachsen können Interessierte per Zoom teilnehmen.

Gleichberechtigung und Entgeltgleichheit: Ehrenamtliche organisieren Veranstaltungen mit verschiedenen Schwerpunkten

SoVD-Aktionen zum Equal Pay Day und Weltfrauentag

Auch 2024 haben wieder viele SoVD-Engagierte anlässlich des Equal Pay Day, Aktionstag für Entgeltgleichheit, sowie zum internationalen Frauentag Aktionen oder Veranstaltungen in ihren Kreis- und Ortsverbänden organisiert und durchgeführt. In Vorträgen, Diskussionen und im gemeinsamen Austausch wurde der Blick auf die noch immer bestehenden Ungleichheiten und Herausforderungen in unserer Gesellschaft gelenkt. Gemeinsam mit Interessierten und Gästen wurde erörtert, welche politischen Maßnahmen es braucht, um etwa Entgeltgleichheit zu erreichen. Mit ihren Veranstaltungen erreichten die SoVD-Aktiven viele Frauen in den verschiedenen Ortsverbänden sowie auch weitere interessierte Nicht-Mitglieder.



Foto: Matthias Muik

Im Kreisverband Burgdorf fand ein sozialpolitisches Frühstück mit vielen Teilnehmenden statt.



Foto: Klaus Müller

An einer Veranstaltung im Heidekreis nahmen rund 70 Frauen aus den Ortsverbänden teil sowie Jutta König, Mitglied des Bundesverbandsrats, und die SoVD-Bundesvorsitzende Michaela Engelmeier.



Foto: Volker Kampe

Rund 80 aktive SoVD-Frauen kamen in Sievershausen zum Frauenfrühstück anlässlich des Equal Pay Day. Es gab unter anderem einen Vortrag von Karen Elfers, Ratsfrau in Lehrte.



Foto: SoVD Verden

In Verden organisierten die SoVD-Engagierten einen Info-stand zum Equal Pay Day.



Foto: Annette Kesselhut

Der SoVD in Nienhagen veranstaltete am Weltfrauentag für alle Interessierten ein multikulturelles Frühstücksbuffet mit Rahmenprogramm und Austausch.



Foto: Annegret Wulschläger

In Gerdau luden die Engagierten zum informativen Frauen-Café ein: Eine Präventionsspezialistin der Polizei erörterte in einem Vortrag, wie sich Frauen gegen Gewalt schützen können.

Häusliche Pflege: Pflegekasse trägt Kosten für Schulungsangebote

Schulung für pflegende Angehörige

Wer sich dafür entscheidet, eine*n pflegebedürftige*n Angehörige*n zu Hause zu pflegen, möchte diese*n auch in familiärer Umgebung bestmöglich versorgen. Doch das ist nicht immer leicht. Gut zu wissen: Die Pflegekassen bieten kostenlose Pflegekurse und -schulungen als Unterstützungsangebote an. Der SoVD informiert zu den verschiedenen Leistungen.

In den wenigsten Fällen sind pflegende Angehörige beruflich als Pfleger*in ausgebildet. Hier können Pflegekurse und -schulungen der jeweiligen Pflegekasse helfen, den Pflegealltag Betroffener zu erleichtern und ihnen mehr Sicherheit zu geben. „Diese Unterstützungsangebote sind für Interessierte umsonst, denn die Pflegekasse trägt die Kosten. In Anspruch genommen werden sie aber leider nur von Wenigen, denn oft wissen pflegende Angehörige gar nicht, dass es derartige Schulungsmöglichkeiten gibt und sie ihnen gesetzlich zustehen“, bemängelt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

In Pflegekursen bekommen pflegende Angehörige von geschultem Fachpersonal zum Beispiel Basiswissen zu Pflegehandgriffen und dem richtigen Umgang mit Medikamenten oder Tipps für die Hygiene vermittelt. „Diese Gruppenkurse haben außerdem den Vor-



Foto: thodonal / Adobe Stock

Wer eine*n Angehörige*n zu Hause pflegt, kann zur Unterstützung kostenfrei an einer Schulung teilnehmen.

teil, dass sich Teilnehmende mit anderen pflegenden Angehörigen austauschen können“, so Katharina Lorenz. Je nach Pflegekasse werden auch Online-Kurse für diejenigen angeboten, die nicht vor Ort teilnehmen können. Bei speziellen Fragen zur konkreten Pflegesituation können Angehörige zudem individuelle Schulungen bekommen, in dessen Rahmen das Fachper-

sonal direkt ins Haus kommt. „Mehr Informationen zum genauen Angebot können bei der Pflegekasse erfragt werden“, informiert Lorenz.

Bei weiteren Fragen rund um das Thema Pflege sind die Berater*innen des SoVD gerne Ansprechpartner*innen. Unter www.sovd-nds.de können die Kontaktdaten der niedersächsischen Beratungszentren abgerufen werden.

20% Rabatt auf neu eröffnete Verfahren bei Abwicklung über die App

SoVD-App „Mein SoVD“

Zusätzliche digitale Dienstleistungen für Mitglieder

Download der kostenlosen App

Mehr Infos finden Sie unter: www.sovd-nds.de/sov-d-app

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Para-Dressreiterin Melanie Wienand erhält Auszeichnung

Behindertensportlerin des Jahres gekürt

Die Wahl zum*zur „Behindertensportler*in des Jahres“, die der Behindertensportverband Niedersachsen (BSN) veranstaltet, hat in diesem Jahr Melanie Wienand für sich entschieden. Die Para-Dressreiterin hatte die Wählerschaft mit ihren sportlichen Leistungen und ihrer persönlichen Comeback- und Erfolgsgeschichte nach einem Reitunfall überzeugt. Sie erhielt fast 21 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die begehrte Trophäe überreichte ihr bei einer festlichen Gala im GOP-Varieté-Theater Hannover der niedersächsische

Ministerpräsident Stephan Weil. Bei der Gala waren neben 250 geladenen Gästen aus Sport, Politik und Wirtschaft auch die fünf weiteren Kandidat*innen vertreten.

„In einer Zeit, in der die Demokratie immer wieder in Frage gestellt wird, erinnert uns der Behindertensport daran, dass Vielfalt und Respekt die Stärken unserer Gesellschaft sind“, sagte BSN-Präsident Karl Finke in seiner Begrüßungsrede.

Weitere Details zur Preisverleihung können unter www.bsn-ev.de nachgelesen werden.



Foto: Volker Minkus / BSN

Karl Finke, Präsident des BSN, Stephan Weil, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Melanie Wienand (PSV-Hellern e. V.), Célia Šašić, Sportehrengast und Laudatorin (v.l.n.r.)

SoVD-Kreisvorsitzender hält Rede auf dem Schlossplatz in Braunschweig

SoVD zum Equal Care Day

Kinder erziehen, kranke Menschen, Ältere und Menschen mit Behinderung pflegen – all dies ist wertvoll für unsere Gesellschaft. Doch die Sorgearbeit – oder Care-Arbeit – findet in der Gesellschaft noch zu wenig Wertschätzung. Darauf macht der „Equal Care Day“ aufmerksam.

Der sogenannte „Equal Care Day“ war am 29. Februar. Dieser Tag, der nur alle vier Jahre sichtbar ist, soll auf die ungleiche Verteilung von Sorgverantwortung und auf die geringe Wertschätzung der Sorgearbeit hinweisen. In diesem Jahr riefen in Braunschweig die kommunale Gleichstellungsbeauftragte Marion Lenz gemeinsam mit der Frauenberatungsstelle, verdi und DGB – unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Dr. Thorsten Kornblum – zu einer Kundgebung auf.

Betroffene Menschen, aber auch Institutionen, Organisationen und Projekte waren aufgerufen, gemeinsam den Sorgenotstand sichtbar und hörbar zu machen. Auch Reiner Knoll, 1. Kreisvorsitzender des SoVD in Braunschweig, hielt eine Rede zum Equal Care Day und betonte die politischen Forderungen des SoVD.

Er ging in der Rede auf den „Gender Care Gap“, also die Sorgearbeitslücke, ein. Dieser beträgt über 50 Prozent. Damit



Foto: Thorsten Böttcher

In seiner Rede verdeutlichte Reiner Knoll die verschiedenen Benachteiligungen, die aus dem „Gender Care Gap“ erwachsen.

wird der Unterschied der geleisteten, unbezahlten Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern bezeichnet. Frauen leisten somit täglich etwa eineinhalbmal so viel unbezahlte Sorgearbeit wie Männer. Auch andere „Gender Gaps“ benannte Knoll und stellte die Forderungen des SoVD klar: Bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und

Pflege, Vaterschaftsfreistellung rund um die Geburt eines Kindes, Entgeltersatzleistung für Pflegenden und die Unterstützung von Alleinerziehenden.

Im Anschluss an die Kundgebung gab es einen Demonstrationzug durch die Braunschweiger Innenstadt. Danach fand eine Abschlussveranstaltung im Braunschweiger Schloss statt.

Rund 400 SoVD-Mitglieder und Gäste unterstützen Rollstuhlbasketball-Team

Aktionstag mit Hannover United

Beim Spiel der Rollstuhlbasketballer*innen von Hannover United gegen den RBC Köln 99ers gab es tatkräftige Unterstützung vom SoVD: Mehrere Orts- und Kreisverbände waren mit Mitgliedern und Sportbegeisterten dabei. Der SoVD in Niedersachsen ist seit vielen Jahren Kooperationspartner und Unterstützer von Hannover United. Diesmal kamen fast 400 SoVD-Engagierte, Mitglieder und Freund*innen zum Spiel, darunter junge Basketballer*innen vom VfL Westercelle, die SoVD-Kreisvorstandsmitglieder aus Celle eingeladen hatten. Das Spiel entschied das Hannover-United-Team mit 72:64 für sich.



Foto: Carsten Schlotmann

Das Publikum erlebte leidenschaftlich gespielten Rollstuhlbasketball.



Foto: Louisa Swinck

Zahlreiche SoVD-Mitglieder und Freund*innen waren beim Spiel mit dabei – etwa aus den Kreisverbänden Heidekreis (li.) und Celle.



Foto: Annette Krämer

SoVD-Hauptamtliche kümmerten sich um einen Infostand.



Foto: Sabine Kellner

Das Jugendteam des Basketballvereins VfL Westercelle feuerte das United-Team an und machte nach dem Spiel ein Erinnerungsfoto.

SoVD in Braunschweig beantwortet Fragen zum Sozialrecht

Offene Telefonberatung des SoVD

Am Mittwoch, 17. April, veranstaltet der SoVD in Braunschweig von 10 bis 11.30 Uhr wieder seine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts.

Fragen rund um die gesetzliche Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung werden beantwortet. Außerdem werden die Themen Existenzsicherung, Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht behandelt. Der Bereich Existenzsicherung umfasst die Leistungen aus der Erwerbsminderungsrente, aus Arbeitslosengeld 1 und dem Bürgergeld, aus der Grundsicherung und Sozialhilfe sowie aus dem Wohngeld.

Interessierte können die Telefonnummer 0531 2444-192 kostenlos anrufen und sich über die Themen informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Fragen der Ratsuchenden beantworten.

Bei stärkerem Beratungsbedarf können im Anschluss

auch persönliche Gespräche, eine Videoberatung oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Ohne Namensnennung werden besonders interessante Gespräche dieser Beratung am Freitag, 3. Mai, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren. Die offene Telefonberatung findet circa alle drei Monate statt.



Foto: Studio Romantic / Adobe Stock

Die telefonische Beratung ist offen für alle Ratsuchenden.